

Danziger Zeitung.

No 16925.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltige gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Ueber das Befinden des Kronprinzen

gehen die Ansichten weit auseinander. So schwer es nun aber auch für Aerzte sowohl, die zur Autopsie keine Gelegenheit haben, wie namentlich für das große Publikum sein mag, sich eine klare Vorstellung von dem gegenwärtigen Zustande des Leidens zu machen, so sind wir doch der Meinung, daß zu dem vielfach gehegten hoffnungslosen Pessimismus durchaus noch kein Grund vorliegt. Sind auch einige ansehnend nicht günstige Symptome in den letzten Tagen hervorgetreten, so sind dieselben doch nichts Ungewöhnliches oder in höherem Maße beunruhigend, wenn man die eine Tracheotomie gewöhnlich begleitenden Umstände in Betracht zieht. So schreibt uns unser Berliner Correspondent von gestern: „Die heute angelangten günstigen Telegramme über das Befinden des Kronprinzen wickeln um so erfreulicher, als mancherlei beunruhigende Gerüchte, namentlich in parlamentarischen Kreisen, verbreitet waren und man sich dort immerhin Befürchtungen über die zuletzt vorgekommenen Schwankungen, namentlich bezüglich der gestörten Nachtruhe des hohen Leidenden hingeben hatte. Die jetzt in Berliner Hofkreisen hervortretenden freudigen Hoffnungen auf dauernde Besserung im Befinden des Kronprinzen stützen sich auf die selten gute Natur desselben; diese berechtigt denn auch dazu, die ungünstigen Berichte mit möglichst großer Vorsicht aufzunehmen.“

Ergänzend wird der „National-Zeitung“ vom 15. Februar, 10 Uhr 45 Minuten Vormittags, telegraphiert:

Der Kronprinz ist gestern sechs Stunden aufgewacht und hat sich im Stuhl sitzend und meist leidend, wohl gefühlt. In der heutigen Nacht hat er wenig geschlafen, aber Kopfschmerzen gehabt und darum mit Unterbrechung geschlafen. Bezüglich der Nahrung kehrt er zu der früher gewohnten Lebensweise zurück. Der Verlauf der Mundverheilung ist andauernd günstig und fieberlos; die Wunde granuliert gut und weber erhebliche Eiterung noch Blutung ist vorhanden. Ein gestern verbreitetes Gerücht, es habe eine Blutung aus dem Halse stattgefunden, ist durchaus unbegründet. Seit der Operation hat keine Unterbrechung des Halses stattgefunden. Heute steht der Kronprinz wieder auf.

Die „Freie Stg.“ schreibt: „Die Erregung in der Berliner Bevölkerung ist in diesen Tagen eine gerade fieberhafte. Wir erinnern uns kaum einer Zeit, in welcher die Liebe und Verehrung für eine fürstliche Persönlichkeit derart allgemein und herzlich in allen Klassen der Bevölkerung zum Ausdruck gelangt ist. Die Erregung wird noch gesteigert durch allerlei Nachrichten, welche verbreitet werden über ein angeblich beabsichtigtes Stellvertretergesetz oder Regententhrongesetz, durch welches der Kronprinz eventuell zeitweilig oder dauernd von der Regierung ausgeschlossen werden soll. — Wir vermögen diesen Nachrichten keinen Glauben beizumessen, obwohl sie von namhafter conservativer Seite selbst in parlamentarischen Kreisen verbreitet werden. Sollten auf irgend einer Seite wirklich Absichten solcher Art bestehen, so würden allerdings das Gutachten Mackenzies und der Bericht Virchow's, deren Veröffentlichung der Kronprinz angeordnet hat, noch eine besondere Bedeutung erlangen.“

Politische Uebersicht.

Danzig, 16. Februar.

Ueber die auswärtige Lage

hat sich der Reichskanzler auf dem vorgestrigen parlamentarischen Diner, wie die „Arenztg.“ zu melden weiß, wiederum in friedlichem Sinne ausgesprochen. „Er glaube nicht, daß Rußland es zum Kriege treiben werde. Uebrigens könnten wir ruhig sein, da wir alle unsere Kräfte gesammelt hätten. Seine Reichstagsrede wäre in Rußland mehrfach unrichtig wiedergegeben worden.“

Was nun die schon erwähnte Reise des Gouverneurs von Berlin, General v. Werder, nach Petersburg anlangt, so treten auch die „Polit. Nachr.“ ausdrücklich der Annahme entgegen, als ob es sich hier um eine wichtige politische Mission handelte. General v. Werder hat, schreibt das genannte officöse Organ, von seiner früheren langjährigen Vertrauensstellung als deutscher Militärbevollmächtigter in Petersburg zu den besten dortigen Gesellschaftskreisen so zahlreiche und ausgezeichnete Beziehungen, daß die Erklärung seines Besuchs der russischen Hauptstadt die Anführung anderer Beweggründe, als sie in den persönlichen Verhältnissen des Generals zu der Petersburger Gesellschaft gelegen sind, unnötig erscheinen läßt.

Die Angaben, daß Rußland in der bulgarischen Frage die Initiative ergreifen hat, haben sich bis jetzt nicht bestätigt. Allerdings läßt sich ein Wiener Blatt aus Berlin bereits die Bedingungen melden, unter welchen Rußland zur Lösung der bulgarischen Frage bereit sei. Es sollen sein die Herstellung des Zustandes vom 13. Juli 1878, dem Tage der Unterzeichnung des Berliner Vertrages, und die Entsendung eines russischen und türkischen Commissars nach Sofia, welche mit den Consuln der Großmächte Bulgarien verhandeln sollen. Die damit ausgesprochene Absendung des Coburgers solle gegebenenfalls durch ein russisches Truppen-corps von 30 000 Mann erzwungen werden. Rußland verpflichte sich diese Truppen binnen Jahresfrist zurückzuziehen.

Das genannte Blatt selbst bringt aber die Nachricht unter Vorbehalt, so daß dieselbe vorläufig auf Authentizität natürlich keinen Anspruch machen kann.

Eine bemerkenswerthe russische Aeußerung wird der „Daily News“ aus Odessa übermittelt. Dieselbe besagt: „Fürst Bismarck's merkwürdige Rede hat in allen russischen Kreisen einen tiefen Eindruck gemacht, als sich in der Presse widerspiegelt. Eine militärische Autorität, dessen Gutachten ich über Fürst Bismarck's Erklärungen

nachsuchte, erwiderte kurz und bündig: „Gott verhüte, daß wir jeht unserm Schicksale entgegenen. Wir sind angesichts des deutsch-österreichischen Bündnisses nicht vorbereitet. Es würde selbstmörderisch auf Seiten Rußlands sein, gegenwärtig einen Conflict heraufzubehämmern. Kein Theil der Rede des Fürsten Bismarck hat uns Stoff für solch ernstes Nachdenken geliefert, als seine Anspielung auf die Vollkommenheit der deutschen Officiere. Diese Anspielung bringt uns eine häßliche Wahrheit über den Gegenstand heim, über welche ich nicht weiter zu sprechen brauche.“

Wollte Gott, daß die Stimme der Besonnenheit in Rußland überall durchdringen und die Kriegsgelüste verheuchen möchte!

Aufhebung der Pensionsbeiträge der Volksschullehrer.

Schon bei der ersten Berathung des Gesetzes betreffend die Erleichterung der Volksschulleisten im Abgeordnetenhaus hat Abg. Richter seiner Ueberraschung darüber Ausdruck gegeben, daß die Lehrer in der Vorlage garnicht berücksichtigt worden seien. Herr Richter kündigte bei dieser Gelegenheit an, er und seine Freunde hätten den sehnlichen Wunsch, daß gleichzeitig mit diesem Gesetz auch den Lehrern das gegeben werde, was die Beamten erhalten, daß sie nicht leer ausgehen, sondern ihnen wie den übrigen Beamten die Wittwen- und Waisengelder erlassen würden. Der Finanzminister v. Scholz hat in seiner Entgegnung behauptet, die Regierung beschäufte sich gleichfalls mit dieser Frage, aber bisher ist noch keine Vorlage an das Abgeordnetenhaus gelangt. Gestern hat nun die freisinnige Fraktion des Abgeordnetenhaus auf Anregung des Abg. Richter beschloffen, dem Hause folgenden (in der heutigen Morgenausgabe schon telegraphisch erwähnten) Antrag zu unterbreiten:

„Einiger Artikel. Die Beiträge und Antrittsgelder, welche gemäß § 3 des Gesetzes über die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. December 1869 (Gef.-G. 1870 S. 1) bisher von Lehrern an öffentlichen Volksschulen zu leisten waren, werden vom 1. Juli 1888 ab auf allgemeine Landesmittel übernommen.“

Ueber die Höhe der Belastung der Staatskasse bei Ausführung dieses Gesetzes liegt eine Berechnung nicht vor. Indessen dürfte die zu deckende Summe den Betrag von 8-900 000 Mark nicht überschreiten. Da in der angestrichenen Sitzung des Abgeordnetenhaus auch Herr v. Rauchhaupt, der Führer der Deutschconservativen, anerkannt hat, daß die Regierungsvorlage die Lehrer entlastet habe, so ist zu hoffen, daß auch die Regierungsparteien sich dem Antrag der Freisinnigen anschließen und die Annahme desselben herbeiführen werden.

Die Cartellparteien unter sich.

Das conservativ-nationalliberale Cartell ist bekanntlich neuesten Datums. Als Ende 1887 der Vertrag zur gemeinsamen Bekämpfung der Liberalen geschlossen wurde, waren kaum zwei Jahre vergangen seit dem Einbruch der Deutsch-conservativen in die Provinz Hannover, welche die Nationalliberalen als ihre Domäne zu betrachten pflegen. Im Oktober 1885 hatten die Herren v. Rauchhaupt und Dr. Grimm-Marburg eine conservativ-partei-Versammlung nach Hannover berufen, in der sie den Landesgenossen des Herrn v. Bennigsen klar zu machen suchten, daß sie, falls sie das Heidelberger Programm der Nationalliberalen billigten, besser thun würden, gleich für conservativ Candidaten zu stimmen. Herr Dr. Grimm schloß seine Rede mit der Erklärung, Hannover sei berufen, den Ausschlag in der Geschichte des deutschen Vaterlandes zu geben. Hannover für die conservativ Sache gewinnen, so citirt die „Arenztg.“ in ihrer Nummer vom 13. Oktober 1885, das heiße nichts anderes, als das, daß eine conservativ Mehrheit geschaffen sei: „Meine Herren, geben Sie uns eine conservativ Mehrheit, dann brauchen wir nicht nach rechts oder nach links zu sehen, dann werden wir der Welt zeigen, was ein preussisches conservatives Abgeordnetes-Haus zu thun im Stande ist.“

In dieser selben Rede gab Dr. Grimm eine kleine Enthüllung vom besten oder, wie er sich ausdrückte, er plauderte ein bisschen aus der Schule. Er erinnerte daran, daß die national-liberale Partei im Abgeordnetenhaus die Eisenbahnverstaatlichungsvorlage nicht ohne finanzielle und constitutionelle Garantien habe annehmen wollen. Herr Grimm fuhr dann fort (immer nach dem Bericht der „Arenztg.“):

„Die Leute sind ja wirklich nicht so außerordentlich erfindungsreich, diese Herren Nationalliberalen. (Heiterkeit und Bravo!) Wie ging es denn da? Mein verehrter Freund v. Rauchhaupt erinnerte mich so lebhaft daran, als ich ihm vorhin gegenüber saß. Ich will es Ihnen sagen, wie es damals ging. Wir beide (Rauchhaupt und Grimm) machten ihnen die Gesekentwürfe für die finanziellen und constitutionellen Garantien und steckten sie ihnen in die Hand, und dann haben sie nachher in der Conferenz mit dem Minister die Papiere aus der Tasche gezogen und das vorgelesen, was wir beide ihnen aufgeschrieben hatten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ja, m. H., warum soll man nicht auch einmal aus der Schule sprechen? (Große Heiterkeit.) Wenn wir auch ein bisschen trocken dabei sind, das thut nichts. (Heiterkeit.)“

Als es zu den Wahlen kam, haben die Nationalliberalen sich durch die Verhöhnung, die ihnen seitens der Conservativen zu theil geworden war, nicht abhalten lassen, dazu mitzuwirken, daß den conservativen Parteien nur noch 17 Stimmen zur alleinigen conservativen Mehrheit fehlen. Und wenn die nächsten Neuwahlen den Conservativen diese fehlenden Mittel verschaffen, so wer-

den die Herren v. Rauchhaupt u. Gen. Gelegenheit haben, der Welt zu zeigen, was ein preussisches conservatives Abgeordnetes-Haus zu thun im Stande ist. Und da jeht die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre beschlossen ist, so wird vielleicht die Welt fünf Jahre lang Zeit haben, Betrachtungen über den Werth eines rein conservativen Abgeordnetenhauses anzustellen.

Die Rechtsverhältnisse in den Colonien.

Die Berathungen der Reichstags-Commission für das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete gewinnen einen ziemlich großen Umfang, da von verschiedenen Seiten, so von den Abgg. Dr. Hammacher, Hahn und v. Strombeck, Abänderungsanträge gestellt worden sind, welche jedenfalls noch zu umfassenden Erörterungen führen werden. Das Gesetz soll indessen jedenfalls in der jetzigen Session des Reichstages zur Verabschiedung gelangen.

Die Chancen des Weingehes.

Hinsichtlich des Gesetzes bezüglich des Verkehrs mit Wein giebt man sich zwar große Mühe, zu einem greifbaren Ergebnis zu gelangen, man zweifelt indessen, ob dies erreicht werden wird. Die Regierung würde, falls die jetzigen Berathungen ergebnislos bleiben, in der nächsten Session einen neuen Versuch machen, dem Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der Materie zu entsprechen.

Vom orientalischen Seminar.

Seitens des Central-Verbandes deutscher Industrieller und des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller war beim Minister für Handel und Gewerbe die Ausdehnung der Aufgaben des Seminars für orientalische Sprachen auf die Uebersetzung von Schriftstücken unter amtlicher Beglaubigung beantragt worden. Den genannten Vereinigungen ist nun seitens des Ministers der Bescheid zugegangen, daß dieser Ausdehnung durchgreifende Bedenken entgegenstehen und daß dieselbe daher nicht in Aussicht genommen werden kann. Aus der Zulassung der Uebernahme derartiger amtlicher Uebersetzungen durch das Seminar würde der Staatsverwaltung eine zu große Verantwortlichkeit und unter Umständen auch eine weitgehende Entschuldigungsverantwortung erwachsen können. Die Lehrer des Seminars werden indessen, wie der Minister weiter bemerkt, gern bereit sein, privatim die Ausführung von allen gewünschten Uebersetzungsarbeiten zu besorgen; auch ist der Director des Seminars, Professor Dr. Sachau, erbötig, hierbei die Vermittelung zu übernehmen.

Die Kriegsversicherung in Oesterreich.

Nach der Sanctionirung des Landsturmgesetzes ist die Frage der Kriegsversicherung bei allen österreichischen Versicherungs-Anstalten in sehr eingehender Weise erörtert worden. Es wurde damals der Versuch gemacht, eine Einigung über den Modus der Versicherung für den Kriegsfall herbeizuführen. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Aus Initiative der Regierung haben in den letzten Tagen im versicherungstechnischen Bureau des Ministeriums des Innern Besprechungen mit Vertretern der großen Assurance-Anstalten stattgefunden, deren Tendenz dahin gerichtet ist, die Gesellschaften zu bestimmen, der Kriegsversicherung eine Art obligatorischen Charakters zu verleihen. Bisher war die Kriegsversicherung nur facultativ, das heißt, die Gesellschaften dehnten die Versicherung auch auf die Kriegsgefahr aus, jedoch mit der Beschränkung, daß nach einem Kriege die Kriegsversicherung als erfolglos galt. Der für die Kriegsversicherung eingetragene Prämienfuß war sehr bedeutend und mußte im Vorhinein entrichtet werden. Seitens der Regierung ist nun den Gesellschaften nahegelegt worden, die bisherigen Kriegsprämien zwar beizubehalten, aber den Versicherten zu gestatten, daß die Zahlung auf die ganze Lebensdauer aufgetheilt werde.

Lord Salisbury und Italien.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Rom geschrieben wird, haben die letzten Ausführungen Lord Salisburys im englischen Oberhause in italienischen Kreisen den gleichen lebhaften und sympathischen Eindruck gemacht, welchen die Beurtheilungen seitens der österreichisch-ungarischen Presse hervorgerufen ließen. Es wird namentlich mit Befriedigung betont, daß die Rede des englischen Premiers die wiederholt festgestellte Gleichheit der englischen, österreichisch-ungarischen und italienischen Anschauungen in Rücksicht der auf der Tagesordnung stehenden Orientfragen und die Uebereinstimmung der bezüglichlichen Interessen zu Tage treten ließ, wodurch sie sich als eine werthvolle Ergänzung jener auf die Erhaltung des Friedens berechneten Rundgebungen darstellt, welche in der letzten Zeit durch die Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnisvertrages und die Erklärungen der maßgebenden Staatsmänner in den Volksvertretungen Italiens und Deutschlands erfolgten.

Blaines Schreiben aus Florenz.

worin er die republikanische Partei der Union ersucht, von seiner Person bei der Nominirung eines Präsidentschafts-Candidaten abzusehen, wird, wie vorauszu sehen war, sehr verschieden gedeutet. Einige sehen darin geradezu eine versteckte Bitte, ihn zu nominiren, während andere der Ansicht sind, daß der Brief wirklich ernst gemeint ist. Den meisten Republikanern scheint die Gelegenheit gar nicht unwillkommen zu sein, sich Blaines zu entledigen und einen Mann, gegen welchen weniger Antipathie vorliegt, zum Candidaten der Partei zu ernennen. Competente Leute versichern,

daß er bei Seite gelassen wird, mag er es wünschen oder nicht.

Blaine ist bekanntlich einer der Hauptträger des Systems, dessen Devise ist: „Dem Sieger die Beute“.

Abgeordneteshaus.

19. Sitzung vom 15. Februar.

Etat der Justizverwaltung. Abg. Hagens (n.-l.) wünscht, daß die jungen Juristen bei den Verwaltungsbehörden vorübergehend praktisch ausgebildet werden möchten, es sei bei einem Landrathsamt, dem Magistrat einer größeren Stadt u. s. w. Redner weist auf den starken Andrang zur juristischen Carrière hin.

Abg. Windthorst macht ebenfalls auf die Ueberfüllung der juristischen Laufbahn aufmerksam und bemängelt die Ausbildung der Juristen.

Abg. Friedberg (n.-l.) hält die Ausführungen des Vorredners für zu schwarz. Die akademische Freiheit, die ja bei schwachen Charakteren ihre Schattenseite zeige, habe doch überwiegende Vortheile. Man solle nur nicht immer auf die flüchtbare Jugend loschlagen, sie würde ihren Weg schon finden.

Bei Kap. 74 (Landgerichte und Amtsgerichte) wünscht Abg. v. Garsinski, daß die Richter von der Befugniß, Dolmetscher zuzuziehen, mehr Gebrauch machen möchten.

Abg. Hagen (n.-l.) bedauert, daß die Richter finanziell und dem Range nach ungünstiger gestellt sind, als die Verwaltungsbeamten. Den Beamten in den östlichen Provinzen mit sprachlich gemischter Bevölkerung müßte eine Functionszulage gewährt werden.

Abg. Pfeß (Centr.) wiederholt seine früheren Klagen über die Arbeit in den Gefängnissen.

Abg. Gmülin (freis.) nimmt die Berichte Pöfens und Westphalens gegen den Vorwurf des Abg. von Garsinski in Schutz. Sehr häufig wollten die Leute nur nicht deutsch sprechen. Sehr wünschenswerth wäre es aber, wenn dort besser gebildete Dolmetscher, wozu Referendare angestellt würden.

Minister Friedberg: Diesen Wunsch theile ich vollkommen, ich würde es auch gerne sehen, wenn die besser gebildeten Dolmetscher eine bessere Befolgung zugebilligt erhielten. Leider kann ich das geeignete Material für den Dolmetscherdienst nicht finden. Es wird sich schwerlich jemand finden, der seine juristische Laufbahn verlassen und Dolmetscher in Posen werden möchte.

Etat des Kriegsministeriums. Abg. Lehmann (Centr.) bebauert, daß die Schlachtfelder, speciell von Spichern, sich in einem sehr schlechten Zustande befinden.

Kriegsminister Bismarck v. Schellendorf: Die Militärverwaltung verfügt über einen Fond zur Unterhaltung der Grabstätten der Gefallenen. Dieser Fond ist meines Wissens noch nicht erschöpft. Aber viele Denkmäler für Officiere oder Mannschaften sind Eigentum der betreffenden Truppentheile, welche für deren Unterhaltung zu sorgen haben.

Der Etat des Kriegsministeriums wird bewilligt. Dasselbe geschieht bezüglich eines Titels aus dem Etat des Ministeriums des Innern, welcher an die Commission zurichverwiesen war. Der Etat des Herrenhauses wird ohne Debatte bewilligt.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses rügt Abg. Olzem (n.-l.) daß den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses keine Tribüne reservirt sei, während die Mitglieder des Reichstages im Abgeordnetenhaus eine solche hätten. Es wäre schon viel gewonnen, wenn wenigstens eine bestimmte Zahl von Plätzen den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses reservirt würde.

Der Präsident verspricht die Sache dem Reichstagspräsidium zu Entscheidung vorzulegen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Reichstag.

36. Sitzung vom 15. Februar.

Zur ersten Berathung steht der von Lieber, Häge und Gen. eingebrachte Gesek-Entwurf, betreffend Abänderungen und Ergänzungen der Gewerbeordnung (Sonntagsarbeit).

Abg. Häge (Centr.): Die Enquete über die Sonntagsarbeit ist sehr zu Gunsten unseres Antrages ausgefallen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich in ihrer großen Mehrheit für den Grundgedanken unseres Antrages ausgesprochen. In demselben Sinne hat sich auch die evangelische General Synode erklärt. Die katholische Kirche hat das Verbot der Sonntagsarbeit schon im Katechismus. Der hngienische Congress in Wien hat sich gleichfalls für unseren Antrag ausgesprochen. Die Drispolizei ist nicht die geeignete Behörde für diese Frage. Unser Antrag ist in erster Linie auf das Verbot der Arbeit am Sonntag gerichtet und will zweitens, wenn Ausnahmen zugelassen werden, Cautelen dafür schaffen, daß sie nicht zu weit ausgedehnt werden. Eine Regelung für ganz Deutschland ist nothwendig. Das Verbot der Sonntagsarbeit ist die erste Bedingung für die Verbesserung der Arbeiter.

Abg. Struermann (n.-l.): Die Enquete hat ergeben, daß die Zahl der Sonntagsarbeitenden Betriebe, resp. der Sonntagsbeschäftigten Arbeiter nicht sehr zahlreich ist, sowie daß diejenige Arbeit, welche am Sonntag geleistet wird, im ganzen als eine legitime bezeichnet werden darf. Deshalb ist es erforderlich, an diese Frage mit größter Vorsicht heranzutreten. Es bleibt zu erwägen, ob nicht gewisse Gesichtspunkte, welche die Enquete ergeben hat, reichsgesetzlich zu fixiren sind. Beispielsweise, ob nicht das Ruhen der Arbeit während des Gottesdienstes einheitlich regulirt werden kann; ebenso auch hinsichtlich des Schließens der Läden während des Gottesdienstes. Aber diese ganze Materie zu regeln, ist der Reichstag aus eigener Initiative nicht im Stande, dieselbe steht dem Bundesrathe zu vermöge des reichen, von demselben gesammelten Materials.

Abg. v. Alst-Behom (conf.): Eine absolute Sonntagsruhe beanspruchen wir nicht, sondern lassen gewisse Beschränkungen zu. Wir wollen die Sonntagsruhe nur für die Arbeiter in Fabriken, Werkstätten, Bauten und manchen Verkaufsstellen. Um die Ausnahmen festzustellen, sind wir mit einer Commissionsberathung einverstanden. Daß die Arbeiter durch die Sonntagsarbeit einen größeren Verdienst haben, ist eine Täuschung. Wenn sie durch die Ruhe nach sechstägiger Arbeit und durch die gottesdienstliche Erholung für die kommende Arbeit gekräftigt sind, wenn sie das Familienleben genießen, mit ihren Genossen verkehren und sich in der freien Gottesnatur ergehen können, so wird ihre Arbeit erfolgreicher werden, ihr Leben gesünder und ihre Arbeitsfähigkeit von längerer Dauer sein. Durch die Sonntagsruhe würde auch der blaue Montag aufgehoben werden. Strenge Vorschriften müssen allerdings gegeben werden, auch mit Rücksicht auf die Trägheit der ihre Bestellung nicht rechtzeitig machen den Besteller. Dem Groß Friedrich Wilhelms I. verdanken wir unsern

Verantwortliche Redaction: für den politischen Theil und
sonstige Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Genealogie und Literatur-
N. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und
den übrigen redactionellen Inhalt: H. Klein, — für den Inseraten-
H. B. Rajewski, sämtlich in Danzig.

